

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pabr d



## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB zu den Attacken auf den Frankfurter Oberbürgermeister: Die Nutznießer des Wallmann-Krawalles.  
Seite 1

Professor Dr. Nils Diederich MdB zur Situation der Berliner CDU: Rechtsradikale Jungunionisten sprengen den demokratischen Grundkonsens. (Teil 1)  
Seite 2

Hans-Jürgen Wischniewski MdB zur Nicaragua-Reise von Professor Kriele: Bestätigung für vorgefaßte Meinung gesucht.  
Seite 5

41. Jahrgang / 8

13. Januar 1986

### Die Nutznießer des Wallmann-Krawalles

Schläge und Tritte sind für uns keine Mittel der Politik

Von Rudolf Dreßler MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Für Sozialdemokraten sind Schläge und Tritte keine Mittel der Politik. Wer den politischen Gegner mit einem Faustschlag traktiert, begibt sich ins Abseits. Nach meinen Erfahrungen gilt diese Maxime ebenfalls in den Gewerkschaften.

Was uns freilich trennt von Regierung und den sie tragenden Parteien, das ist die Einordnung der Attacke auf den Frankfurter Oberbürgermeister. Wer sie richtig beurteilen will, der muß zum Beispiel wissen, daß Tarifaueinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit seitens der Arbeitgeber ausgesprochen hinterhältig, boshaft und verletzend geführt wurden. Damals hielten sich heute so wortreiche Politiker auffallend zurück.

Wer die Attacke richtig beurteilen will, der sollte auch wissen, welche seelischen Verletzungen derjenige mitunter auf sich nimmt, der unter dem massiven Druck der Arbeitgeber, von Parteien und öffentlicher Meinung in Zeiten des Arbeitskampfes das Recht zu streiken für sich in Anspruch nimmt. Da mag sich dann im Laufe der Jahre manches anstauen an Erbitterung. Aber: Auch das entschuldigt Schläge nicht.

Nur. Wer heute unterschwellig den Sozialdemokraten vorwirft, sie hätten diese Vorfälle ausgelöst durch ihren Widerstand beim 116 AFG, der zeigt, daß er Nutznießer eines Krawalles sein will. Da gilt Gustav Heinemanns Wort: Wer mit dem Finger auf einen anderen zeigt, der sollte nicht vergessen, daß drei Finger auf ihn selber zurückweisen.  
(-/13.1.1986/va/ks)

+ + +

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislauffördernde  
Umwelt  
und  
wird  
Kreisläufe  
Papier



## Ein Blick auf die Berliner CDU (Teil I)

Rechtsradikale Tendenzen in der Jungen Union sprengen den demokratischen Grundkonsens

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

## I.

Es ist schon außergewöhnlich, wenn sich ein Verbandsvorsitzender gezwungen sieht, eine Pressekonferenz zu innerorganisatorischen Vorgängen abzuhalten. Der Landesvorsitzende der Jungen Union in Berlin, Dombrowski, war im Dezember 1985 in dieser Situation. Er versuchte dabei, die fortdauernden Berichte über rechtsradikale Äußerungen von Jungunionisten als „bedauerliche Einzelfälle“ herunterzuspielen. Was da regelmäßig zutage tritt, muß allerdings besorgniserregend für die Union in Berlin sein. Selbst der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, gab seine Zurückhaltung angesichts der Vorgänge bei der Jungen Union, die er „seit Jahr und Tag“ mit Sorge beobachtet, auf, und wandte sich an den CDU-Vorsitzenden und Regierenden Bürgermeister, Eberhard Diepgen: Wenn nicht sofort und überzeugend gehandelt werde, entstehe „Schaden für die Stadt über ihre Grenzen hinaus“.

Der Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Diepgen mußte seinen Chefeinpeitscher in der Abgeordnetenhausfraktion, Herrn Landowsky, in die Parteiorganisation abordnen; Landowsky wurde Generalsekretär der Berliner CDU und löste damit den stets verbindlichen konservativen Demokraten der Nachkriegsgeneration, Straßmeir, ab.

Landowsky fand gleich starke Worte: Die Berliner CDU fahre im Verhältnis zur Bundes-CDU einen linksliberalen Kurs. Soviel ist sicher: Eberhard Diepgen ist nach dem Abschied von von Weizsäcker in dessen liberalen Mantel geschlüpft und hat es mit Hilfe der Berliner Publizistik glänzend verstanden, mit dem liberalen Schein Stimmen zu ziehen. Bereits jetzt kann man allerdings feststellen, daß der Rost unter dem Lack frißt.

Es geht vordergründig um den politischen Filz - ein Korrespondent sprach im Zusammenhang mit dem Fall des korrupten Ex-Baustadtrats Antes von „Chicagoer Verhältnissen“, ein anderer Baustadtrat steht im Verdacht, Verhandlungen, die für seine Geschäftspartner erfolgreich verlaufen, in anrüchigen Etablissements zu besiegeln, ein erfolgreicher Filmgeschäftsmann und CDU-Würdenträger nutzt seine Beziehungen, um an interessante Grundstücke heranzukommen und so weiter. All diese Vorgänge deuten auf einen frühzeitigen und unerwarteten Autoritätsverfall des Regierenden Bürgermeisters. Da soll nun Landowsky als Saubermann eingreifen. Aber es geht nicht nur darum. Rost erkennt man bekanntlich auch am Auftreten brauner Flecken.

## II.

Es geht auch um Entwicklungen innerhalb der CDU. Dort hat schon vor den Wahlen die Stimmung geherrscht: Laßt Herrn Diepgen gewinnen, dann präsentieren wir Konservativen unsere Rechnung. Innerer Wortführer ist Innensenator Lummer. Seine hemmungslose Agitation wirkt eher innerparteilich als in der Öffentlichkeit, obwohl Herr Lummer gerade in jüngerer Zeit mit seinen Forderungen zur Änderung des Asylrechts und anderen zum Teil eher skurrilen Äußerungen, die allesamt ein seltsames Demokratieverständnis verraten, von sich reden gemacht hat.

Was die Öffentlichkeit über Berlin hinaus aufschreckte, waren die in regelmäßigen Abständen bekannt werdenden Aktivitäten und Selbstdarstellungen junger Rechtsradikaler in der Jungen Union:

- Da muß gegen den Tempelhofer Jungen Union-Vorsitzenden und CDU-Bezirksverordneten „Duce“ (Spitzname bei Freunden) Lutz Gutowski (23) ein Ausschlußverfahren wegen Rechtsastigkeit eingeleitet werden. Gutowski soll bei einer Gruppenreise der Jungen Union das Singen rechtsradikaler und nationalsozialistischer Lieder geduldet haben („In Dachau ist kein Bett mehr frei“). Von Gutowski wird berichtet, daß er auf Veranstaltungen gern alle drei Strophen des Deutschlandliedes singen läßt.

- Da muß erst durch empörte Veröffentlichungen in westdeutschen Zeitungen vermittelt werden, daß am Rande des Staatsbesuchs von Ronald Reagan Anfang Mai 1985 auf der Fahrt zum Hambacher Schloß bei einem Zwischenaufenthalt in Frankfurt eine Gruppe von Berliner Jungunionisten sich durch „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“-Rufe auszeichneten und „Die Fahne hoch“ sangen, wie Augen- und Ohrenzeugen bekundeten. An dieser Reise hat auch der Landesvorsitzende der Jungen Union Berlin, Dieter Dombrowski, teilgenommen, der allerdings nichts bemerkt haben will.
- Im Dezember 1985 verließ der Reinickendorfer Kreisvorsitzende der Jungen Union, früher Vorsitzender der Schüler-Union, der 22jährige Student Andreas Domeyer, zur Vermeidung eines Ausschlußverfahrens die CDU, nachdem ihm antisemitische Äußerungen während des CDU-Parteitages nachgesagt wurden. Domeyer hat auf die Rede des CDU-Funktionärs Ekkehard Wruck, der sich besorgt über die rechtsradikalen Tendenzen geäußert hat, mit der Bemerkung reagiert, daß man solche Leute wie Wruck „ohne gelben Judenstern hier nicht reden lassen“ solle. Domeyer hatte übrigens vor seiner Wahl zum Vorsitzenden der Berliner Schüler-Union bei einem Streit Kontrahenten mit einer Gaspistole bedroht.
- Bei diesen Vorgängen erinnert man sich an jene Ereignisse aus dem Januar 1982, als der Kreisvorsitzende der Jungen Union in Tiergarten und Herausgeber der dortigen JU-Zeitschrift „Klartext“ einen von einem Schüler des jesuitischen Canisius-Kollegs namens Markus Motschmann verfaßten verherrlichenden Artikel über den Nazi-Kriegshelden Oberst Rudel veröffentlichen ließ. Der damalige Regierende Bürgermeister von Weizsäcker äußerte sich entsetzt und ein Parteiordnungsverfahren wurde eingeleitet. Besagter Carsten Pagel ist heute schon wieder Vorsitzender der Jungen Union in Tiergarten und seit März 1985 Bezirksverordneter, nachdem der jetzige Landesvorsitzende der Jungen Union Dombrowski (Assistent des Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Kittelmann) das Verfahren niedergeschlagen hat. In dem erwähnten Artikel werden Rudels „glorreiche Einsätze“ gegen die „anstürmenden Sowjethorden“ verherrlicht und seine Abschlußlisten und Kriegserfolge aufgezählt, als gäbe es die widerlichen rechtsradikalen Aktivitäten dieses Mannes nach dem Kriege nicht. Selbst die „Welt am Sonntag“ distanzierte sich. Der Verfasser des Pamphlets, Markus Motschmann, Mitglied der Jungen Union und der Schüler-Union, stammt aus einer rechts-konservativen Professorenfamilie; eine politische Kampfschrift des Vaters wird sogar von der „Nationalzeitung“ zur Lektüre empfohlen; zudem läßt sich Vater Motschmann als „Schriftleiter“ der Zeitschrift „Konservativ heute“ titulieren.
- 1983 forderten Mitglieder der Schüler-Union das Verbot der Lektüre Bertolt Brechts an Schulen und verlangten, „kurzen Prozeß“ mit dem Ausländerproblem zu machen. Ein gewisser Stefan Rieger betrieb in dem erwähnten Schülerblatt „Klartext“ regelrechte Ausländerhetze.
- Die Berliner Schüler-Union, seit 1979 eine Vorfeldnachwuchsorganisation der CDU, ist als besonders illiberal und rechtslastig bekannt. Das hat bereits vor einiger Zeit zum Austritt von 37 Funktionären aus der Schüler-Union geführt, die in ihrem Brief an den damaligen Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker schrieben, sie seien „nicht bereit, sich zu demokratischen Statisten in einem faschistoiden Theater machen zu lassen“. Der Wortführer dieser Aktion wurde übrigens am 17. Mai 1983 von einem gewissen Torsten Witt bei einem Besuch des Berliner Schüler-Union-Sekretariats krankenhaushausreif geschlagen.
- Ein inzwischen ausgetretenes Junge Union-Mitglied namens Frank-Michael Zielsdorf hat sich durch Wehrsportübungen im Grunewald ausgezeichnet.
- Der Landesvorsitzende Dombrowski mußte auf eingangs erwähnter Pressekonferenz einräumen, daß noch drei Ordnungsverfahren wegen rechtsradikaler Äußerungen schweben. So habe ein Mitglied NS-Schriften unter minderjährige Mitglieder der Jungen Union verteilt.

Dombrowski ist seit Ende 1983 Vorsitzender der Berliner Jungen Union, nachdem er den damaligen gemäßigten Vorsitzenden Flämig verdrängt hatte. Flämig hatte seinerzeit erklärt, „daß der Rudel-Artikel bei den drei damals inkriminierten Mitgliedern nur die Spitze des Eisbergs darstelle“. Dombrowski hat sich durch besonders stramme Ostlandritte ausgezeichnet (Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze seien für ihn weiterhin Bestandteil eines gesamtdeutschen Reichs).

— Dombrowskis Stellvertreter Thomas Braun war Regionalführer der „Jugendarbeit '80“ und auch in der im Bundesgebiet bekannten und berüchtigten „Stiftung politischer und christlicher Jugendbildung“ aktiv, der man Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts nachsagt.

Der Landesvorstand der Jungen Union Hessen sah sich deshalb bereits vor längerer Zeit gezwungen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu fassen. Tenor: Es handele sich um eine „totalitär geführte Kaderorganisation“ mit undemokratischer Arbeitsweise. Die Gruppe trage „sektiererhafte Züge“. Wie Farin und Müller in ihrer lesenswerten rororo-Dokumentation „Die Wende-Jugend“ nachweisen, gibt es solche Gruppen seit den 70er Jahren unter wechselnden Namen, um Junge Union und Schüler-Union systematisch zu indoktrinieren beziehungsweise zu unterwandern.

III.

Nun sind vereinzelte rechtsradikale Tendenzen auch in der Jungen Union im Bundesgebiet bekannt geworden. So der Fall Finke in der Goslarer Gegend. Finke ist der Verfasser des Artikels im „Schlesier“, dessen Gedankengut auch in Junge Union-internen Zeitschriften Wiederhall findet. Ein anderer Fall rechtsradikaler Ansätze ist aus Ostwestfalen-Lippe bekannt. Im großen und ganzen wehrt sich aber die Junge Union offenkundig und entschieden gegen solche Tendenzen. In Berlin liegt der Fall anders.

Immer wieder taucht im Zusammenhang mit den aktiven Jungrechtsaußen der Name des Organisators der „Betonfraktion“ Kittelmann auf. Kittelmann gilt als der Mehrheitsbeschaffer für Eberhard Diepgen. Sein enger Mitarbeiter ist jener bereits vorgestellte Vorsitzende der Jungen Union, Dieter Dombrowski, 35.

Der im Zusammenhang mit dem Antes-Skandal abgelöste Ex-CDU-Bürgermeister von Charlottenburg, Lindemann, hat verbittert ausgerufen: „Die Macher haben heute das Regiment übernommen.“ Sein emotionaler Ausruf trifft sich mit der Analyse von Wolfgang Hackel, der in seiner Dissertation aus dem Jahre 1978 „Die Auswahl des politischen Nachwuchses...“ den Typus des „Machttechnikers“ zeichnet. Für die „neue Generation“ - jene in relativem Wirtschaftswunder-Wohlstand aufgewachsene Nachwuchsgeneration, die in den 80er Jahren in Berlin die CDU-Führung übernommen hat, Herrn von Weizsäcker den Weg ebnete und jetzt selbst regiert - gilt Hackels Satz in Bezug auf die damaligen Nachwuchspolitiker der Jungen Union: „Das Bild vom ‚Politiker mit Ellenbogen‘ kann weitgehend als zutreffend bezeichnet werden.“ (Seite 320).

Die „Machttechniker“ der Union hatten gezielt auf die liberale Karte Richard von Weizsäcker gesetzt. Was 1979 im ersten Anlauf gegen Dietrich Stobbe noch nicht gelang, wurde 1981 nach der Wahl-niederlage der SPD möglich. Der Durchbruch der „Machttechniker“ kam, als Diepgen sich gegen die Alt-Konservative Frau Launien durchsetzte. In der Tat haben die Geschickteren unter ihnen - Landowsky voran - begriffen, daß die verbale Besetzung der Mitte unabdingbar für den Machterhalt der CDU in Berlin ist.

Aber die Rechts-Konservativen in der Berliner Union sind ja damit nicht verschwunden. Und auch die Durchsetzung Eberhard Diepgens kam nicht nur von oben, sondern wurde organisiert.

Der Tiergartener Kreisvorsitzende Kittelmann hat Eberhard Diepgen innerparteilich den Weg an die Spitze geebnet. Und er hat sich seine Bundesgenossen dabei auch unter den zunehmend militanter werdenden Anhängern der Jungen Union und in deren Vorfeldorganisation Berliner Schüler-Union gesucht. Im eigenen Ortsverein konnte er seine Stellung nur Dank der Gefolgschaft aus der Jungen Union halten.

Es ist tatsächlich so, daß es eine Konvergenz der Interessenlage der „Betonfraktion“ des Herrn Kittelmann und dieser karriere-ehrgeizigen Jungrechtsaußen gibt. Es handelt sich nicht um „verirrte Mitglieder“, sondern um Mandatsträger und Repräsentanten, die nach den Wahlerfolgen vom März 1983 ihren Anteil an der Macht einfordern.

Die Vorgänge sind symptomatisch, weil sie die soziale Verflechtung bloßlegen, indem auch der Übermut der christlich-demokratischen Jungschar gewachsen ist. Viele Berliner haben der Union bei den letzten Wahlen das Vertrauen gegeben, weil sie das liberale Auftreten des Herrn von Weizsäckers noch vor Augen hatten, dessen weiter Mantel das Interessenfeld überdeckte, das die Berliner CDU darstellt. Was manche Wähler, die unter dem Eindruck des Zerbrechens der sozial-liberalen Koalition in Berlin bei den dramatischen Vorgängen der Jahre 1980 und 1981 zornig der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt haben, damals und bei den Wahlen 1985 verdrängten, bleibt dennoch historisches Faktum. (-/13.1.1986/rs/ks).

+ + +

(Teil II veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)



Bestätigung für vorgefaßte Meinung gesucht

Zur Nicaragua-Reise von Professor Martin Kriele und deren publizistischer Umsetzung

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Professor Martin Kriele hat nach einem Aufenthalt von sechs Tagen in Nicaragua ein Buch über Nicaragua und seine Probleme geschrieben: „Nicaragua - das blutende Herz Amerikas. Ein Bericht.“

Die Reise von Professor Kriele wurde von der der CDU nahestehenden Konrad-Adenauer-Stiftung großzügig finanziert. Herausgekommen ist die einseitigste Darstellung, die man sich vorstellen kann.

Dieses Buch ist von jemandem geschrieben worden, der mit einer vorgefaßten Meinung nach Nicaragua gekommen ist, und der - komme, was immer wolle - seine Meinung nicht ändern wollte. Er ist deshalb Gesprächen mit Sandinisten und Vertretern der Regierung von Nicaragua weitgehend aus dem Wege gegangen. Ich bestreite nicht, daß die Sandinisten große und unverzeihliche Fehler begangen haben und noch begehen. Aber dieser völlig einseitige Bericht wird ihnen nicht gerecht.

Professor Kriele hat in erster Linie mit den Vertretern der Opposition im Lande und mit der bewaffneten Opposition, die von Honduras und Costa Rica aus einen grausamen Krieg gegen Nicaragua führt, gesprochen. Für die Gesprächspartner der Opposition im Inneren des Landes werden etwa 30 Decknamen als Gesprächspartner angegeben. Die Decknamen sollen die Betroffenen vor Verfolgung schützen. Wir haben für Maßnahmen zum Schutz von Menschen größtes Verständnis. Aber, wenn Nicaragua tatsächlich ein solcher Polizeistaat wäre, wie Professor Kriele schreibt, dann haben die Sandinisten seine Gesprächspartner natürlich unter Kontrolle.

Aber ich habe erhebliche Zweifel, daß es ihm tatsächlich in erster Linie um den Schutz von Menschen geht. Professor Kriele berichtet über sein Gespräch mit der stellvertretenden Außenministerin Nora Astorga. Wenn die Sandinisten so sind, wie sie beschrieben werden, dann wäre sein Satz (Seite 27): „Es sollte mich nicht wundern, wenn sie (Nora Astorga) die nächste ist, die aus der Regierung ins Lager der Opposition überwechselt...“ für Nora Astorga tödlich. Ich sehe die Sandinisten trotz aller Fehler anders. Wenn sie wären, wie er sie sieht, wäre sein Verhalten entweder dumm oder unverantwortlich, ja lebensgefährlich.

Professor Kriele war den Sandinisten natürlich vor seiner Reise bekannt, denn er hat sie immer wieder laut und deutlich angegriffen: Einmal als Marxisten-Leninisten, zum anderen mal als Nationalsozialisten. Sie haben ihn einreisen lassen, und er hatte die Möglichkeit, alle Leute zu treffen, die er wollte - auch als man sehen mußte, daß es ihm eigentlich nur um Gespräche mit der Opposition ging. Niemand hat ihn behindert. Der Vizepräsident des Landes stand als Gesprächspartner für Professor Kriele zur Verfügung. Er hat die Gelegenheit leider nicht genutzt. Er hätte dort all seine Vorwürfe gegen die Sandinisten vortragen können. Die Antworten wären für uns alle interessant gewesen.

Professor Kriele hat uns leider nichts mitgeteilt über die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Nicaragua, die ja seine Reise finanziert hat. Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet unseres Wissens in erster Linie mit der Opposition im Lande zusammen. Wir finden das völlig in Ordnung, ja, wir begrüßen es. Aber wie stimmt das mit dem überein, was uns Professor Kriele über die Situation im Lande sagt? Warum wird den Lesern dieses vorenthalten?

Das Buch ist auch ein Buch gegen die Sozialistische Internationale und gegen ihren Vorsitzenden Willy Brandt. Willy Brandt hat sich mit anderen darum bemüht, mitzuhelfen, daß der gefährliche Konflikt in Zentralamerika nicht noch weiter ausgeweitet wird. Er hat sich bemüht, die Arbeit der Contadora-Gruppe zu unterstützen. Er hat sich bemüht, Voraussetzungen zu schaffen, die allen Parteien die Möglichkeit gegeben hätten, sich an den Wahlen zu beteiligen.



Doch Herr Kriele hat das Bemühen der Sozialistischen Internationalen nicht verstanden, in Rio mit allen Beteiligten korrekte Voraussetzungen für die Durchführung der Wahlen zu erreichen. Willy Brandt hat sich darum bemüht, bei der Lösung schwieriger humanitärer Fälle behilflich zu sein, ohne das öffentlich zu machen. Aber ganz so selbstlos kann die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung natürlich nicht sein. Da mußte auch etwas für die innenpolitische Auseinandersetzung geliefert werden. Professor Kriele ist dem nachgekommen.

Professor Kriele hat sein Buch in erster Linie für die Contras geschrieben, die den Krieg gegen Nicaragua von außen führen, jedenfalls sehr viel mehr als für die Opposition, die im Lande tätig ist. Das Buch versucht insbesondere, die Verbrechen der Contras zu entschuldigen. Auch für die Ermordung des deutschen Arztes Dr. Pflaum sucht Professor Kriele noch Entschuldigung (Seite 147). Ich finde das skandalös. Er sucht nach Entschuldigung für die Ermordung von acht Müttern durch die Contras. Er legt der Bundesbürgerin Schmemmann, die von den Contras entführt wurde, Worte in den Mund, die sie nie gesagt hat. Sie hat sich auch dem Verlag gegenüber in aller Deutlichkeit distanziert.

Professor Kriele tritt in seinem Buch für eine Ausweitung des Krieges ein. Er tritt dafür ein, daß auch Eden Pastora Geld aus den Vereinigten Staaten bekommt, damit er „wieder zur Offensive übergehen und sein Operationsgebiet ausweiten“ (Seite 170) kann. Es ist schon schlimm und unverantwortlich, wenn ein Professor aus der Bundesrepublik Deutschland für die Ausweitung eines Krieges in Zentralamerika eintritt.

Professor Kriele beschäftigt sich auch mit der Arbeit der Vereinten Nationen und schreibt auf Seite 110, daß nur etwa ein Fünftel der Staaten „Nationen“ sind, die anderen sind die „Vereinten Tyrannen“. Dieser Satz ist eine kollektive Verleumdung aller Staaten der Dritten Welt. Er paßt zu den Vorurteilen, gegen die die Realität keine Chance hat. Es ist schon interessant, was von der Konrad-Adenauer-Stiftung so alles finanziert wird.

Einen sehr wichtigen Punkt hat Professor Kriele leider vergessen: Er hätte uns auch mitteilen müssen, wie er darüber denkt, wenn eine Weltmacht in Nicaragua eine Botschaft unterhält und sich gleichzeitig an der Finanzierung des Krieges gegen eben dieses Land entscheidend beteiligt. Das ist ein völkerrechtlicher Vorgang von entscheidender Bedeutung. In dem Buch finden wir darüber nichts.

Die Entfernung zwischen Managua, der Hauptstadt von Nicaragua und San Jose, der Hauptstadt von Costa Rica, beträgt 542 Kilometer. Professor Kriele schreibt auf Seite 23, daß die Entfernung zwischen Managua und San Jose etwa 1.000 Kilometer betrage. Ein kleiner Fehler, aber typisch für das Buch.

(-/13.1.1986/rs/ks)

+ + +